

Die EZB beerdigt ihre Prinzipien

Von Martin Greive 11. Mai 2010, 04:00 Uhr

Notenbank kauft erstmals in großem Stil direkt Staatsanleihen und finanziert so Budgetdefizite - Präsident Trichet sieht Unabhängigkeit dennoch nicht gefährdet

Frankfurt/Main - Die Europäische Zentralbank (EZB) greift im Kampf um den Euro zu ihrer letzten Waffe. Die Europäischen Währungshüter haben in der Nacht auf Montag beschlossen, direkt Staatsanleihen von hoch verschuldeten Euro-Staaten aufzukaufen. Das ist ein Novum in der Geschichte der Notenbank. Das Ziel der EZB: Sie will mit dieser Maßnahme die Finanzmärkte beruhigen.

Unmittelbar nach der Ankündigung begannen die 16 nationalen Notenbanken wie auch die Bundesbank mit dem Ankauf von Staatsanleihen. Zuvor hatten EU und IWF ein gigantisches, 750 Mrd. Euro schweres Rettungsnetz für den Euro gespannt. An den Märkten wurden die angekündigten Schritte von EU und EZB positiv angenommen. Der Euro kletterte zeitweilig wieder über 1,30 Dollar. Vergangene Woche war die Gemeinschaftswährung in Richtung 1,25 Dollar gefallen. An den Aktienmärkten stiegen die Kurse kräftig.

Mit dieser Entscheidung fällt ein weiteres Tabu der Geldpolitik. Bislang hatte sich die EZB strikt dagegen gewehrt, Staatstitel anzukaufen. Denn damit finanziert die Notenbank indirekt die Schulden, die Griechenland und andere Euro-Länder aufnehmen. Laut ihrer Statuten ist der EZB ein direkter Aufkauf von Staatsanleihen verboten. Ausnahme sind Offenmarktgeschäfte zur Steuerung der Geldmenge.

Bundesbank-Präsident Axel Weber kritisierte den Beschluss. Die Aktion berge "erhebliche stabilitätspolitische Risiken und daher sehe ich diesen Teil des Beschlusses des EZB-Rats auch in dieser außerordentlichen Situation kritisch", sagte das EZB-Ratsmitglied der "Börsen-Zeitung".

Etliche Ökonomen sehen durch diese Entscheidung die Unabhängigkeit der Notenbank endgültig in Gefahr. "Der Kauf ist ein Sündenfall, der zu einem großen Vertrauensverlust führt", sagt Commerzbank-Volkswirt Michel Schubert. Aus Sicht von Bankenprofessor Wolfgang Gerke macht sich die EZB zum "verlängerten Arm der Politik" - dies geschehe nicht zuletzt auf Druck des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy: "Das ist langfristig der Einstieg in eine Inflation. Mit der Bundesbank hätte es das nicht gegeben."

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet widersprach dem vehement. Die Entscheidung sei nicht unter politischem Druck zustande gekommen. "Wir haben niemanden gefragt, ob wir etwas tun sollen oder nicht. Wir haben unter Berücksichtigung der Umstände entschieden. Wir sind total

unabhängig", sagte Trichet. Die Entscheidung zum Ankauf der Staatstitel sei mit "überwältigender Mehrheit" getroffen worden, so der EZB-Präsident. Dies deutet in der verklausulierten Sprache der Notenbanker auf eine umstrittene Entscheidung hin.

Die EZB verteidigte den Ankauf mit ihrer Kernaufgabe der Preisstabilität, die funktionierende Märkte voraussetze. In den vergangenen Tagen liehen sich Geschäftsbanken aus Misstrauen untereinander kein Geld mehr. Über die Details des Programms muss der EZB-Rat, der die geldpolitischen Entscheidungen trifft, noch entscheiden.

Ein Börsenhändler sagte der WELT, die Notenbanken hätten am Montag schon "mit Vollgas" begonnen, irische, griechische und portugiesische Papiere aufzukaufen. "Dies ist sicher eine positive Überraschung, denn viele Marktteilnehmer haben nicht damit gerechnet, dass die EZB so schnell nach der Ankündigung handeln könnte."

Noch am vergangenen Donnerstag hatte Trichet einen Ankauf von Staatspapieren ausgeschlossen. Doch in den vergangenen Tagen hatte sich die Krise im Euro-Raum immer mehr zugespitzt. Die [Zinsen](#), die hoch verschuldete Länder wie Portugal und Spanien auf neue Schulden zahlen müssen, stiegen auf Rekordniveaus. Außerdem gab es Spekulationen, dass Investoren gegen den Euro spekulieren wollten. Dies ließ die EZB keine andere Wahl, als den Weg einzuschlagen, den andere Notenbanken schon gegangen sind. Die Währungshüter in den USA, Japan oder England kaufen schon seit eineinhalb Jahren in großem Umfang Staatsanleihen auf.

Kritiker befürchten, dass die Ankaufaktionen die Inflationsrisiken weiter steigern könnten. "Eine solche Politik könnte den Einstieg in die Inflationspolitik ebnen", sagte Thorsten Polleit, Chefökonom von Barclays Capital. Durch die Konjunkturprogramme und die Hilfsmaßnahmen für Geschäftsbanken haben Notenbanken und Regierungen in der Krise ohnehin schon extrem viel frisches Geld bereitgestellt. Schaffen es die Notenbanken nicht, das Geld rechtzeitig aus den Märkten zu ziehen, droht eine Inflation. Die EZB verfolgt als Ziel eine Preissteigerung von knapp unter zwei Prozent. Die Notenbanker machten klar, dass sie mit Gegengeschäften dafür Sorge tragen wollen, nicht an ihrem zinspolitischen Kurs zu rütteln. Manche Ökonomen halten das Ankaufprogramm trotz der Gefahren für alternativlos. "Wir sind davon überzeugt, dass die Maßnahmen notwendig sind, um den Teufelskreis, der zunehmend die Weltwirtschaft bedroht, zu durchbrechen", schrieben Ökonomen der Royal Bank of Scotland in einer Analyse.

Neben dem Aufkauf von Staatspapieren beschloss die Notenbank weitere Maßnahmen, um den Geldmarkt wieder zum Laufen zu bringen. So sollen die Banken sich bereits in dieser Woche so viel Geld bei der EZB für sechs Monate leihen können, wie sie wollen. Zudem will die Notenbank Ende Mai und Ende Juni den Banken jeweils für drei Monate unbegrenzt Geld zu einem festen Zinssatz zur Verfügung stellen. Darüber hinaus beschlossen mehrere internationale Notenbanken, sich untereinander Kreditlinien zu geben, um die jeweilige Versorgung mit Fremdwährungen zu gewährleisten. Die EZB kann somit Geschäftsbanken leichter mit Dollar versorgen. In den vergangenen Monaten hatte die EZB den Ausstieg aus etlichen dieser Sondermaßnahmen beschlossen, die sie während der Finanzkrise aufgelegt hatte. Nun führt sie einige davon wieder ein.
Mit dpa/rtr